

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

Liebe Leserinnen und Leser!

Mit Bestürzung haben wir die Nachricht vom schrecklichen Erdbeben in Haiti aufgenommen. Eines der ohnehin schon ärmsten Länder der Welt wurde vergangene Woche von einer entsetzlichen Naturkatastrophe heimgesucht. Bislang sind über 70.000 Menschen tot geborgen worden, Hunderttausende sind verletzt, etwa 1,5 Millionen Menschen obdachlos, Tendenz weiter steigend. Die schon zuvor schwachen staatlichen Strukturen existieren zurzeit kaum mehr. Die Bevölkerung kann und wird ohne fremde Hilfe nicht überleben. Jetzt ist es an der internationalen Staatengemeinschaft, dafür zu sorgen, dass den Menschen vor Ort, wo Trinkwasser und Lebensmittel knapp sind, geholfen wird. Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung: Bundesregierung und deutsche Nichtregierungsorganisationen tun ihr Möglichstes, um den Menschen zu helfen. Die Bilder des Technischen Hilfswerks beim Installieren von Wasseraufbereitungsanlagen zeigen, wie schnell die Hilfe auch ankommt. Unser Dank gilt dem zupackenden Einsatz der Katastrophenhelfer vor Ort und in Deutschland. Gleichzeitig rufen wir die Bevölkerung auf, die Arbeit der Hilfsorganisationen mit Spenden zu unterstützen und damit das Überleben der betroffenen Bewohner Haitis zu sichern.

Ifc

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

- Wir werden die
Bürgerinnen und Bürger
entlasten ...S.2
- Bundshaushalt 2010
steht noch ganz im
Zeichen der
Krisenbekämpfung ...S.2
- Steuerentlastungen zum
Jahreswechsel ...S.5
- Wirtschaftseinbruch 2009
war stärkste Rezession in
Deutschland seit 1945
...S.5
- Sparquote bleibt auf
hohem Niveau ...S.6
- Christliche Minderheit im
Irak darf nicht aus dem
Blick geraten ...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Wir werden die Bürgerinnen und Bürger entlasten



Die unionsgeführte Bundesregierung hält Wort: Die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bleibt eines unserer Hauptanliegen. Wir werden entsprechend des Koalitionsvertrages die große Steuerstrukturreform umsetzen. Einzelheiten werden im Lichte der aktualisierten Wirtschafts-, Wachstums- und Steuerdaten nach der Steuerschätzung im Mai erarbeitet und entschieden.

Ingrid Fischbach, MdB: „Von den vereinbarten 24 Milliarden Euro haben wir bereits Familienentlastungen in Höhe von 4,6 Milliarden Euro durchgesetzt. Es bleibt dabei, dass der Bildungspakt von Bund und Ländern mit einem Aufwuchs der Ausgaben für Forschung und Bildung auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2015 umgesetzt wird. Wir werden die Haushalte nach Maßgabe der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse konsolidieren.“

Bundshaushalt 2010 steht noch ganz im Zeichen der Krisenbekämpfung

In dieser Woche debattierten wir in erster Lesung den Bundshaushalt 2010, der noch ein Anti-Krisenetat ist. Damit gehen wir einen wichtigen, ersten Schritt zur Bewältigung einer großen haushalts- und finanzpolitischen Herausforderung, für die es in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kein Beispiel gibt. Neben der angestrebten zügigen Wiedereinhaltung des 3 %-Defizitkriteriums des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes erfordert insbesondere die zwingende Einhaltung der neuen Schuldenregel des Grundgesetzes eine Reduzierung des

strukturellen Defizits im Bundeshaushalt um rund 60 Mrd. € in gleichbleibenden Abbausritten bis zum Jahr 2016.



Das entschlossene Handeln der Bundesregierung im letzten Jahr hat den Finanzmarkt stabilisiert und die konjunkturelle Talfahrt gestoppt. Insbesondere der Arbeitsmarkt ist so stabil wie nirgendwo sonst: Der Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte so stark begrenzt werden wie in keinem anderen Industrieland weltweit.

Nun gilt es, weitere Wachstumsimpulse zu setzen, um zu einem selbsttragenden Aufschwung zu kommen. Der Schlüssel dafür liegt in der Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger, die spürbar gestärkt wird. Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz und dem Sozialversicherungsstabilisierungsgesetz sorgen wir für steuerliche Entlastungen und verhindern zusätzliche Belastungen durch steigende Sozialbeiträge.

Ingrid Fischbach, MdB: „Auch in der Krise bekennt sich die unionsgeführte Bundesregierung zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik: Trotz der mit den Wachstumsimpulsen verbundenen zusätzlichen Belastungen für den Haushalt gelingt es, die vorgesehene Nettokreditaufnahme gegenüber dem ersten Entwurf der alten Koalition nicht weiter ansteigen zu lassen.“

Wir halten an unserem Ziel fest, sobald wie möglich einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, wissen aber auch, dass ein Festhalten am strikten Konsolidierungskurs der vergangenen Jahre in der aktuellen Lage zu einer Verschärfung der konjunkturellen Krise führen würde.“

Unser Ziel ist es, gestärkt aus der Krise zu kommen. Deshalb investieren wir kraftvoll in die Zukunft: So räumt die Koalition von Union und FDP den Ausgaben für Bildung und Forschung eine hohe Priorität ein. Bis 2013 werden wir die



Spruch der Woche

"In bestimmter Weise habe ich auch was zu sagen, aber ich kann viel sagen, wenn nicht andere mitmachen und wenn wir nicht bestimmte Dinge auch gemeinsam unternehmen."

Angela Merkel

Bundeskanzlerin (CDU), zum holprigen Start der schwarz-gelben Koalition.

entsprechenden Ausgaben um weitere 12 Milliarden Euro erhöhen, davon bereits um 750 Millionen Euro im laufenden Jahr.



Auch die Ausgaben für die Familienpolitik verzeichnen mit + 6,7 Prozent einen deutlichen Zuwachs. Der Haushaltsplan für Familien sieht ein großes Plus vor und macht damit deutlich, dass nachhaltige Familienpolitik auch immer einen soliden Finanzrahmen braucht.

Ingrid Fischbach, MdB: „Rund 6,56 Milliarden insgesamt sieht der Haushaltsplan für die Familienpolitik vor. Das sind 413 Millionen Euro mehr als im bisherigen Finanzplan. Grund für die Erhöhung ist dabei vor allem die seit 1. Januar 2010 geltende Kindergelderhöhung um jeweils 20 Euro auf 184 für das 1. und 2. Kind, 190 Euro für das 3. Kind und 215 Euro für alle weiteren Kinder sowie der Erfolg des Elterngeldes.“

Ich begrüße sehr, dass immer mehr Väter in Herne und Bochum das Elterngeld beantragen, um möglichst viel Zeit im Kreise der jungen Familie verbringen zu können. Im Jahr 2009 wurde 481 Vätern in Bochum das Elterngeld bewilligt. 2007 waren es noch 233 Väter. In Herne wurde 163 Vätern das Elterngeld bewilligt. 2007 waren es noch 83 Väter.“

Beide Leistungen wurden im Familienhaushaltsplan aufgestockt: Das Elterngeld um rund 80 Millionen Euro auf 4.480 Millionen Euro, das Kindergeld um rund 12 Millionen Euro auf insgesamt 112 Millionen Euro.

Da das Haushaltsgesetz 2010 aufgrund der Bundestagswahlen erst im Laufe des Jahres 2010 verkündet werden kann, gilt bis zu diesem Zeit-punkt die vorläufige Haushaltsführung, die gemäß Artikel 111 GG starken Restriktionen unterliegt. Die parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2010 sollen daher so zügig abgeschlossen werden, dass die Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt noch im April 2010



erfolgen kann. Die 2./3. Lesung zum Bundeshaushalt 2010 ist bereits für die 11. KW vorgesehen. Mit der schnellstmöglichen Beendigung der vorläufigen Haushaltsführung unterstützen wir eine effektive und rasche Umsetzung der im Bundeshaushalt 2010 vorgesehenen konjunkturstützenden Maßnahmen

Steuerentlastungen zum Jahreswechsel

Durch die Steuerrechtsänderungen sind zum Jahreswechsel deutliche Entlastungen eingetreten. So wird etwa der Handwerksmeister (Jahreseinkommen 54.000 Euro) mit zwei Kindern, dessen Frau im Betrieb angestellt ist, im Jahre 2010 insgesamt 1.183 Euro weniger Steuern zahlen müssen. Zudem erhält er 2010 insgesamt 480 Euro mehr Kindergeld. Bei dem verheirateten Bankangestellten mit drei Kindern (Jahreseinkommen 70.000 Euro) beträgt die Ersparnis 590 Euro und der Zuwachs des Kindergeldes 720 Euro. (Quelle: Handelsblatt, 29.12.2009)

Wirtschaftseinbruch 2009 war stärkste Rezession in Deutschland seit 1945

Im vergangenen Jahr ist die deutsche Wirtschaft so stark geschrumpft wie noch nie in der Nachkriegszeit. Um insgesamt 5 Prozent ging das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt zurück. Der wirtschaftliche Einbruch fand hauptsächlich im Winterhalbjahr 2008/2009 statt. Im Jahresverlauf zeichnete sich eine leichte Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung auf dem neuen, niedrigen Niveau ab. Damit ist die deutsche Wirtschaftsleistung zum ersten Mal seit sechs Jahren zurückgegangen. (Quelle: Statistisches Bundesamt)



Wußten Sie schon,

... dass 9 Millionen Haushalte kein Auto besitzen? Im Jahr 2008 besaßen 43 Prozent aller allein lebenden Deutschen kein Auto. Deutschlandweit gibt es rund 40 Millionen privat zugelassene PKWs.

Sparquote bleibt auf hohem Niveau

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nahm 2009 lediglich um 0,4 Prozent zu. Das ist die kleinste Zuwachsrate seit der Wiedervereinigung. Die in jeweiligen Preisen berechneten Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen 2009 mit 0,5 Prozent etwas stärker als das verfügbare Einkommen. Die Sparquote verharrte mit 11,2 Prozent auf dem hohen Niveau des Vorjahres. (Quelle: Statistisches Bundesamt)



Christliche Minderheit im Irak darf nicht aus dem Blick geraten

Im Irak sind erneut Angriffe auf Christen verübt worden.

Ingrid Fischbach, MdB: „Die jüngsten Anschläge gegen Angehörige der christlichen Minderheit sind besorgniserregend. Sie unterstreichen auf dramatische Weise, dass die Situation der Christen im Irak sich nicht gebessert hat und weiterhin unserer größten Aufmerksamkeit bedarf. Die internationale Staatengemeinschaft darf in ihrer Unterstützung der christlichen Minderheit im Irak nicht nachlassen.“

Am vergangenen Wochenende ist ein Christ bei Feierlichkeiten zur Einführung des neuen Erzbischofs von Mossul getötet worden. Schon in den Wochen zuvor wurden gezielt Mitglieder christlicher Gemeinden getötet, entführt und Anschläge auf Kirchen im Nordirak verübt.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gilt die Verpflichtung aus dem Koalitionsvertrag, in unseren auswärtigen Beziehungen gegen jegliche Benachteiligung aufgrund von Religion zu wenden, für diese Region daher in besonderem Maße.

Die europäische Union hatte sich 2008 nicht zuletzt dank des Engagements des damaligen Bundesinnenministers Dr. Wolfgang Schäuble auf die Aufnahme von 10 000 Flüchtlingen aus dem Irak geeinigt. Deutschland selbst hat 2500 Personen aus dem Irak aufgenommen.“



... das Allerletzte!

Rund 33,58 Euro kostet eine Arbeitnehmerstunde in Deutschland, in Ostdeutschland kostete sie nur knapp 20 Euro, in Westdeutschland knapp 35 Euro. Nur in Norwegen, der Schweiz, Schweden, Belgien und Dänemark war sie noch kostspieliger.